

Hans-Jürgen Bieling

Die Europäische Union im Zeitalter der »neuen Geopolitik«

Im Verlauf der 1980er und 1990er Jahre profilierte sich die Europäische Union (EU) als eine einflussreiche Kraft der Globalisierung. In Kooperation mit den USA trieb sie diesen Prozess voran und setzte – im Rahmen der WTO, der internationalen Finanzinstitutionen, der Entwicklungspolitik – zugleich spezifische Akzente: Ungeachtet aller bilateralen Aktivitäten plädierte sie zum einen dafür, die Globalisierung durch multilateral ausgehandelte internationale Arrangements zu stützen. Zum anderen versuchte sie, gemäß dem Leitbild des ›Good Governance‹ auch nicht-ökonomische Aspekte – Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Minderheitenschutz, Kampf gegen Korruption, ökologische Nachhaltigkeit etc. – in die Liberalisierungsagenda einzubringen. Die hier genannten Merkmale wurden von der EU nicht selten für eine idealisierende Selbstdarstellung genutzt. Gleichwohl waren sie in der politischen Praxis durchaus erkennbar. Seit einiger Zeit treten nun allerdings andere Aspekte in den Vordergrund. In den strategischen Prioritäten lassen sich verstärkt geoökonomische und geopolitische Erwägungen identifizieren. Diese wurden nicht nur gegenüber dem »globalen Süden« in Anschlag gebracht, sondern auch gegenüber vielen aufstrebenden Schwellenländern, den sog. »emerging markets«. Häufig geschah dies durch die Aushandlung »strategischer Partnerschaften«, die durch spezifische Übereinkommen und eine intensiviertere sicherheits- und wirtschaftspolitische Diplomatie begleitet wurden.

In den letzten Jahren hat die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen (2019), mehrfach verkündet, dass sich die neue Kommission explizit als eine »geopolitische« oder sogar »wahrhaft geopolitische Kommission« versteht. Diese Formulierung knüpft an andere Begriffe an, die ebenfalls eine gesteigerte Sensibilität für strategische Fragen und einen stärkeren Machtanspruch der EU reklamieren: etwa an den Begriff der »europäischen Souveränität« von Emmanuel Macron (2017, 3) oder an das Konzept der »strategischen Autonomie«, das seit der »Globalen Strategie« (Europäische Union 2016) in den europäischen Gremien vermehrt diskutiert wird. Auch der Hohe Vertreter der Europäischen Union, Josep Borell (2020), hat sich daran beteiligt, die macht- und geopolitische Akzentuierung der europapolitischen Diskurse voranzutreiben:

Angesichts der geopolitischen Umwälzungen, die wir gegenwärtig erleben, ist es für die Europäische Union umso dringlicher, ihren Platz in einer Welt zu finden, die zunehmend von reiner Machtpolitik bestimmt ist. Eine Welt des geostrategischen Wettbewerbs, in der einige führende Politiker nicht davor zurückschrecken, Gewalt einzusetzen, und in der wirtschaftliche und andere Instrumente zu Waffen werden. Wir Europäer müssen unsere geistigen Landkarten anpassen, um mit der Welt so umzugehen, wie sie ist, und nicht so, wie wir sie uns erhofft hatten. Um zu vermeiden, dass wir zu den Verlierern

des Wettbewerbs zwischen den USA und China werden, müssen wir die Sprache der Macht neu erlernen und uns selbst als geostrategischen Akteur der obersten Kategorie begreifen.

Die Diskurse, die eine macht- und geopolitische Neuorientierung der EU einfordern, sind keineswegs neu. Sie erlangen inzwischen jedoch eine größere Kraft, da sie sich – der letzte Satz im Borell-Zitat macht dies deutlich – in einem veränderten globalen Kontext entfalten. Der Ruf nach einer neuen Macht- und Geopolitik erlangt in gewisser Weise eine »organische« Qualität. Er ist keineswegs zwingend und alternativlos – die nachfolgend skizzierten Entwicklungen werden dies verdeutlichen. Ebenso wenig ist er aber auch zufällig. Die geopolitischen Erwägungen reagieren vielmehr auf eine globale politökonomische Konstellation, die im Zeichen eines zugespitzten amerikanisch-chinesischen Hegemoniekonfliktes steht.

1. Die »organische« Qualität geoökonomischen und geopolitischen Denkens

Eine neue Relevanz der Begriffe der Geopolitik und der Geoökonomie ergab sich zunächst schon aus den veränderten Problemlagen nach dem Ende des Kalten Kriegs (Bieling 2010, 228ff). Im Kontext regionaler Konflikte und neuer Prozesse der Staatenbildung stellten sich – für Großmächte mit internationalem Gestaltungsanspruch – vermehrt Fragen einer unmittelbaren oder indirekten territorialen Kontrolle. Dies galt umso mehr, als sich die beschleunigte Globalisierung nur mit staatlicher Hilfe durchsetzen ließ, also durch die – diplomatische, rechtliche, institutionelle, mitunter auch militärische – Organisation stabiler und kalkulierbarer Märkte, Investitionsräume und Wertschöpfungsketten. Angesichts konkurrierender politökonomischer Interessenlagen und Ordnungsvorstellungen vollzog sich der Prozess alles andere als konfliktfrei. Die Spannungen zeigten und zeigen sich – etwa in den gescheiterten Handelsrunden innerhalb der WTO – bereits im transatlantischen Verhältnis, noch mehr aber in den Beziehungen zwischen der OECD-Welt, den BRICS-Staaten und den Ländern des globalen Südens.

In dem Maße, wie die veränderten Strukturen, Machtbeziehungen und Konflikte in der globalen politischen Ökonomie vermehrt Fragen der räumlichen Organisation und Kontrolle aufwerfen, lassen sich die geopolitischen und geoökonomischen Diskurse als »organisch« begreifen. Die Charakterisierung als »organisch« geht auf Antonio Gramsci (*Gefängnishefte* 7, H. 13, §17, 1556ff) zurück, der hierunter Konflikte und Interpretationen verstand, die relativ dauerhaft angelegt sind und mit den Widersprüchen der grundlegenden politökonomischen und soziopolitischen Strukturen – hier: auch mit denen der globalen politischen Ökonomie – korrespondieren. Gramsci markierte damit einen Unterschied zu »konjunkturellen«, »beiläufigen« oder »gelegenheitsbedingten« Konflikten und Interpretationen, die für den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung weniger bedeutsam sind. Um nicht missverstanden zu werden: Die Analyse der konjunkturellen oder gelegenheitsbedingten Prozesse ist keineswegs überflüssig. Sie führt, so Gramsci, aber »nur« zu einer Betrachtung tagespolitischer »Detailfragen« (1556) und birgt, sofern deren

Relevanz überschätzt wird, die Gefahr einer idealistischen oder ideologistischen Diagnose spezifischer Problemlagen. Umgekehrt ist aber auch die Fokussierung struktureller Zusammenhänge nicht ohne Risiken. Sie geht zuweilen, sofern diese strukturellen Zusammenhänge als unmittelbar wirksam angenommen werden, mit einer ökonomistisch verkürzten Diagnose gesellschaftlicher oder internationaler Entwicklungen einher (vgl. 1557).

Um diesen beiden Gefahren zu entgehen, kommt es, so die von Gramsci nahegelegte Analyseperspektive, darauf an, die gelegenheitsbedingten Konflikte, und nicht zu vergessen: deren Interpretation, als Momente im Formierungsprozess konkurrierender, mitunter antagonistischer Kräfte zu begreifen. Gramsci verweist immer wieder auf Marxens Vorwort von *Zur Kritik der politischen Ökonomie* (1859), in dem erläutert wird, wie die politökonomisch strukturierten Konflikte und Handlungsmöglichkeiten und die »juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen«, in denen sich die Menschen der Konflikte »bewusst werden« und diese zugleich »ausfechten«, aufeinander bezogen sind (vgl. MEW 13, 9). Vor allem in Krisen und Umbruchprozessen, so auch im derzeitigen Interregnum, d.h. der Krise der Liberalen Weltordnung (Babic 2020) und dem Übergang zu einer neuen Triade-Konkurrenz zwischen den USA, der EU und China (Bieling 2019), tritt diese zweite Komponente der gesellschaftlichen und internationalen Deutungskämpfe stärker in den Vordergrund.

Welche der hierbei artikulierten Diskurse und Interpretationen als »organisch« oder »konjunkturell« zu bezeichnen sind, ist allerdings nicht immer ganz eindeutig. Im Unterschied zu Historikerinnen und Historikern, die auf die Qualität einer Krise oder eines Übergangs von ihrem Ausgang her blicken (Koselleck 1973, 145), also eine Perspektive des privilegierten und gesicherten Wissens einnehmen, operieren sozialwissenschaftliche Analysen mit einem sehr viel größeren Maß an Unsicherheit. Dies gilt umso mehr, als sie sich mit ihren Deutungsangeboten – zumindest indirekt und potenziell – auch in das Handgemenge laufender öffentlicher Debatten begeben.

Ungeachtet dieser Vorbehalte gibt es jedoch bereits jetzt gute Gründe dafür, die Renaissance der geopolitischen und geoökonomischen Diskurse als »organisch« zu betrachten. Sie sind in die Operationsweise der globalen politischen Ökonomie systematisch eingelassen und prägen vielfach deren weitere Entwicklung. Dies hat mit den bereits erwähnten Umbrüchen in der globalen politischen Ökonomie nach dem Ende des Kalten Krieges und mit der Herausbildung einer neuen Triade-Konkurrenz – zwischen den USA, der EU und China – zu tun, ebenso aber auch damit, dass sich komplementär zu diesen globalen Umbrüchen – im Zeichen von Globalisierung, Finanzialisierung und zahlreicher technologischer und produktionsorganisatorischer Innovationen (Haug 2012) – auch die gesellschaftlichen Strukturen transformiert haben. Im eben dargestellten Sinne haben die hiermit einhergehenden sozialen Ungleichheiten und Unsicherheiten in der alltäglichen Lebensgestaltung dem Erstarken des populistischen Nationalismus nicht unmittelbar, so aber doch »organisch« zugearbeitet. Sie stellen den gesellschaftlichen

Nährboden bereit, auf dem sich die nationalistischen Diskurse entfalten können und gleichsam »von innen«, d.h. aus den nationalstaatlich verfassten Gesellschaften heraus, den Blick auf eine Welt mit zahlreichen externen Bedrohungen unterfüttern.

2. Die politische Ökonomie der neuen Geopolitik

Die derzeitige historische Konstellation erinnert vordergründig an diejenige gegen Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts. Auch damals waren die hegemonialen Strukturen der Weltordnung ins Wanken geraten. Großbritannien war zunehmend weniger in der Lage, die damalige Weltordnung aufrecht zu erhalten und sah sich einem beschleunigten Auf- und Überholprozess konkurrierender kapitalistischer Modelle – allen voran die USA und Deutschland – ausgesetzt; und auch im damaligen »imperialen Zeitalter« (Hobsbawm 1995) artikulierten sich vermehrt nationalistische Kräfte, die sich dem Prozess der Globalisierung entgegenstellten. Ebenso kristallisierten sich damals Konzeptionen der Geopolitik heraus, die zugleich die externen Macht- und Kontrollansprüche der ökonomisch und militärisch führenden Mächte zum Ausdruck brachten.

Um den Charakter und die spezifische Qualität der aktuellen Entwicklungskonstellation – oder auch den Fortgang des globalen Interregnums – erfassen zu können, ist es aber wichtiger, sich der zentralen Unterschiede zu vergewissern. Diese betreffen erstens die internationale Hegemonie und Operationsweise der liberalen Weltordnung. Im Vergleich zur damaligen britischen ist die US-Hegemonie durch umfassendere und zugleich tiefergehende Formen der kapitalistischen Durchdringung gekennzeichnet (Arrighi 1994, 72ff) – vor allem aufgrund der sehr viel größeren Bedeutung von transnational gehandelten Dienstleistungen, grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten und hierauf bezogenen Infrastrukturen, d.h. unterschiedlichen Arten von Verkehrswegen, Energietransporten, Finanztransaktionen, Internet-Kommunikation etc. Flankiert wird all dies durch eine umfassende rechtliche und institutionelle Absicherung der kapitalistischen Globalisierung durch internationale Organisationen (WTO, UN-System, IWF, Weltbank, G7, OECD, ISO etc.), unzählige Investitions- und Handelsabkommen, regulative Ausschüsse, transnationale Foren, Netzwerke, Wirtschaftsverbände und Nichtregierungsorganisationen unterschiedlichster Art.

Zweitens unterscheiden sich die Optionen der sozialen Allianzbildung. Zum Ende der britischen Hegemonie wurden in vielen Gesellschaften die nationalistischen Diskurse maßgeblich von den führenden Sektoren und Fraktionen des Kapitals lanciert; häufig mit dem Ziel, die Arbeiterklasse und die Mittelklassen in einen nationalistischen Block einzubinden (Harvey 2003, 125ff). Die heutigen nationalistischen Diskurse richten sich hingegen vielfach gegen die global orientierten Interessen und Konzepte des transnationalen Kapitals, das in großen Teilen eher darauf bedacht zu sein scheint, eine liberale kosmopolitische Allianz mit großen Teilen der Mittelklassen zu bilden. Durch den Aufstieg und ökonomischen Erfolg entwicklungsstaatlicher Kapitalismusmodelle und die Aufwertung von protektionistischen und industriepolitischen Konzeptionen könnte sich dies perspektivisch

verschieben. Wie eine solche Verschiebung genau aussieht, ist grundsätzlich offen. Neben einer intensivierten internationalen Konkurrenz im Bereich der Hochtechnologieentwicklung drängen auch progressive sozial-ökologische Reformallianzen darauf, industriepolitische Instrumente stärker zu nutzen (Staab/Piétron 2020). Dessen ungeachtet bilden nationalistisch orientierte Machtblöcke in der OECD-Welt bislang eher eine flüchtige Erscheinung oder Ausnahme.

Drittens unterscheiden sich auch die heutigen geopolitischen und geoökonomischen Diskurse deutlich von den älteren Konzeptionen der Geopolitik (Helmig 2019). Diese waren gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Rudolf Kjellen, Friedrich Ratzel und Karl Haushofer entwickelt worden. Sie zeichneten sich dadurch aus, dass sie die Politik aus natürlichen Raumdeterminanten – also der Topographie oder dem Klima – ableiteten, mit einem biologisch-organizistischen Staatsverständnis operierten und die zwischenstaatlichen Verhältnisse als Kampf um Lebensraum interpretierten. Eine etwas andere Argumentationsgrundlage hatten die militärstrategisch ausgerichteten Konzeptionen von Alfred T. Mahan, der einen antiisolationistischen US-amerikanischen Navalismus propagierte, und von Halford Mackinder, dessen Heartland-Theorie die strategisch grundlegende Bedeutung des Eurasischen Raumes begründete und noch die Überlegungen von einflussreichen Beratern der US-Politik, so etwa von Zbigniew Brzezinski (1997), beeinflusste. Auch in den jüngeren geopolitischen Diskussionen in den USA wirkt das Bestreben, die Kontrolle über den eurasischen Kontinent zu erhalten, weiter fort. Energiepolitische Erwägungen, also die Kontrolle über eine Region mit reichhaltigen Öl- und Gasvorräten, spielen hierbei eine wichtige Rolle. Inzwischen hat sich der Fokus jedoch auf Fragen von Handel, Transport und Markterschließung erweitert. In die jüngeren geopolitischen Diskussionen sind zugleich Aspekte der »Critical Geopolitics« eingeflossen (Albert u. a. 2003), die den Raum nicht mehr als natürliche Determinante von Politik, sondern, andersherum, als ein gesellschaftlich und damit auch politökonomisch und politisch konstruiertes Phänomen begreift.

Im Kontext der Übergänge, Umbrüche und Konflikte der globalen politischen Ökonomie, also der neuen Triade-Konkurrenz und der vermehrten Spannungen zwischen den USA und China, sind die angesprochenen Differenzen aufschlussreich. Sie verweisen darauf, dass die jüngeren geopolitischen Debatten in hohem Maße durch geoökonomische Erwägungen beeinflusst sind. Unter Geoökonomie ist dabei eine Perspektive zu verstehen, die von einer erheblichen zwischenstaatlichen Rivalität ausgeht, die ihrerseits aber nicht mit militärischen, sondern kommerziellen und industriepolitischen Mitteln ausgetragen wird, um Innovationen, Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand zu generieren. Für Edward N. Luttwak (1994, 45f) ist der Endzweck geoökonomischer Strategien

sozialer und wirtschaftlicher Natur und besteht darin, möglichst viele hochqualifizierte Arbeitsplätze in High-Tech-Industrien und anspruchsvollen Dienstleistungsbranchen zu schaffen. Die Mittel hierzu reichen von Forschung und Entwicklung bis zu Exportfinanzierung. Zunächst einmal strebt man technologische Überlegenheit und die Führungsposition am Markt an.

Mindestens ebenso wichtig, häufig wurden sie jedoch übersehen, sind die staatlichen Aktivitäten, den Zugang oder die Kontrolle über Märkte infrastrukturpolitisch abzusichern. Jüngst sind diese Aktivitäten im Zeichen der kritisch-liberalen ›Weaponization‹-Debatte über die Kontrolle und den Zugang zu Infrastrukturnetzen stärker in den Fokus geraten. So gehen Henry Farrell und Abraham L. Newman (2019) davon aus, dass die Globalisierung nicht nur, wie von Konzepten der »komplexen Interdependenz« unterstellt, ein Positiv-Summen-Spiel darstellt. Vielmehr bilden sich in globalen Netzen – etwa in den Bereichen der Internetkommunikation oder den Finanztransaktionen – asymmetrische Machtbeziehungen aus. Es sind Zentren oder zentrale Knoten (›hub nodes‹) identifizierbar, über die der Zugang zu den globalen Netzwerken und deren Operationsweise, so auch die transnationalen informationellen und finanziellen Verbindungslinien, überwacht und kontrolliert werden können. Als ›Weaponization‹ werden in diesem Kontext all jene Prozesse bezeichnet, über die Staaten in der Lage sind, transnationale Infrastrukturen zu vereinnahmen und gegenüber anderen Staaten – kriegswaffenartig – in Anschlag zu bringen. Dies kann auf unterschiedliche Art und Weise geschehen: durch das Sammeln von Informationen, die Überwachung von Kommunikationen und die Verfügung über überlegenes Wissen (›Panoptikum-Effekt«), oder auch dadurch, dass der Zugang und die Nutzung der Netze erschwert oder verweigert wird (›Engpass-Effekt«).

Farrell und Newman (2019) sehen die Grundlage der transnationalen Infrastrukturmacht in den globalen, asymmetrisch strukturierten Interdependenzen in Verbindung mit der institutionellen und rechtlichen Kontrolle der zentralen Knotenpunkte. Sie legen dar, warum es den USA gelungen ist, die abweichenden Strategien der EU unter Kontrolle zu halten: zum einen im Fall einer verschärften Haltung der USA gegenüber dem Iran nach der Aufkündigung des Abkommens durch die Kontrolle über SWIFT, also über die Finanztransaktionen transnationaler europäischer Konzerne; und zum anderen im Fall der Strategie eines global offenen Internets, das informations- und kommunikationstechnologisch durch US-Konzerne beherrscht wird und das die europäischen Bestrebungen der informationellen Überwachung den US-amerikanischen Prioritäten und Aktivitäten unterwirft.

Auch Geoffrey Gertz und Miles M. Evers (2020) bringen sich in die ›Weaponization‹-Diskussion ein. Sie schließen unmittelbar an Fragen der geökonomischen Konkurrenz an und entwickeln die These, dass noch stärker als die USA vor allem China dazu befähigt ist, die extraterritoriale Governance transnationaler Infrastrukturen im eigenen Sinne zu nutzen. Sie führen dies darauf zurück, dass die Kontrollkapazitäten des chinesischen Staates, d.h. die Verweigerung des Zugangs zu den Infrastrukturen und die Nutzung der Netze, deutlich stärker ausgebildet sind als die des US-amerikanischen Staates. Hierbei setzen sie analytisch insofern einen anderen Akzent, als sie im Unterschied zu Farrell und Newman nicht so sehr die Kompatibilität der nationalen und internationalen institutionellen und rechtlichen Bedingungen, als vielmehr die engen Beziehungen zwischen den Staaten und Infrastrukturkonzernen als maßgeblich betrachten, um internationale Kontrollmacht zu erlangen. Der entwicklungsstaatlich gesteuerte

chinesische Kapitalismus scheint für Gertz und Evers somit im Vorteil. Allerdings haben die chinesischen Firmen mit dem Problem zu kämpfen – die Debatten über die 5G-Technologie und Huawei illustrieren dies –, dass sie aufgrund ihrer Nähe zum chinesischen Staat international mit einer wachsenden Skepsis betrachtet und vermehrt zurückgewiesen werden.

Die ›Weaponization‹-Diskussion ist für die jüngere Zuspitzung der Konflikte in der neuen Triade-Konkurrenz aufschlussreich. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf wichtige Zusammenhänge und Prozesse, über die industrie- und infrastrukturpolitische Konzepte und Initiativen geoökonomisch und geopolitisch aufgeladen werden. Allerdings bleibt das analytische Potenzial der kritisch-liberalen Perspektive begrenzt. Dies liegt erstens daran, dass der Staat, vor allem bei Gertz und Evers, als ein unitarischer Akteur in Erscheinung tritt. Die Prozesse der staatlichen Transformation und Fragmentierung und die in und zwischen den Staatsapparaten ausgetragenen Konflikte geraten dadurch kaum in den Blick. So wird eine analytische Dimension ausgespart, die besonders für die Operationsweise des europäischen Ensembles unterschiedlich profilierter Staatsapparate bedeutsam ist (Wissel 2015; Bieling/Große Hüttmann 2015). Eine zweite Schwäche der kritisch-liberalen ›Weaponization‹-Perspektive besteht darin, dass die Beziehungen zwischen Staat und Kapital sehr einfach gedacht werden. Wie zwischen den staatlichen Apparaten, so wird auch zwischen unterschiedlichen Kapitalfraktionen und deren Interessen kaum differenziert. Vor allem aber werden andere zivilgesellschaftliche Akteure, etwa Medien, Gewerkschaften oder soziale Bewegungen, die ihrerseits auf die zwischen dem Staat und den Unternehmen ausgehandelten Arrangements Einfluss nehmen, nicht in die Betrachtung einbezogen. Letztlich verdichten sich diese ersten beiden Schwächen darin, dass die ›Weaponization‹-Prozesse primär oder ausschließlich als ein Produkt des Staatshandelns in den Blick geraten.

Um die Prozesse einer geoökonomisch und geopolitisch motivierten ›Weaponization‹ – besser noch vorsichtiger: einer potenziellen ›Weaponization‹ – als einer nicht nur staatlich, sondern kapital-getriebenen Dynamik zu erfassen, bedarf es mithin einer veränderten Analyseperspektive. Eine erste Annäherung bieten die imperialismustheoretischen Überlegungen, die den Territorialismus und Kapitalismus als eigenständige, letztlich aber auch aufeinander verweisende Herrschaftsformen und Handlungsrationaltäten betrachten. Nach Arrighi (1994, 33) identifiziert die territoriale Herrschaft ihre Macht vor allem mit ihrer Ausdehnung und Bevölkerungszahl, wobei der gesellschaftliche Wohlstand nur ein Nebenprodukt der territorialen Expansion darstellt. Im Kontrast hierzu identifiziert die kapitalistische Herrschaft ihre Macht mit der Verfügung über ökonomische Ressourcen und sieht in der territorialen Expansion nur ein Nebenprodukt der Kapitalakkumulation.

Die unterschiedlichen Prioritäten und deren relative Eigenständigkeit sind wichtig, um das geopolitisch motivierte Staatshandeln nicht allein auf die kapitalistische Handlungsrationaltät zu reduzieren. Beide Herrschaftsformen und Handlungsrationaltäten sind vielmehr in spezifische, sich deutlich voneinander unterscheidende Kontextbedingungen eingebettet:

Der Kapitalist agiert in einem kontinuierlichen Raum und in einer kontinuierlichen Zeit, während der Politiker in einem territorialen Raum und, zumindest in Demokratien, in einer Zeitlichkeit agiert, die durch einen Wahlzyklus bestimmt wird. Andererseits kommen und gehen kapitalistische Unternehmen, verlagern ihren Standort, fusionieren oder geben ihr Geschäft auf, während Staaten langlebige Gebilde sind, die nicht migrieren können und sich – von außergewöhnlichen Umständen der geografischen Eroberung abgesehen – auf feste territoriale Grenzen beschränken. (Harvey 2003, 27, Übers. HJB)

Ungeachtet der Eigenständigkeit der Handlungskontexte können sich die geopolitischen und kapitalistischen Dynamiken wechselseitig bestärken, schließlich findet auch die kapitalistische Entwicklung in Raum und Zeit statt. Dies gilt insbesondere für die – hochtechnologisch gestützten – infrastrukturellen Netzwerke der Globalisierung. Erst sie ermöglichen eine transnationale, mithin globalisierte kapitalistische Entwicklung und legen es den staatlichen Akteuren nahe, den globalen Raum in die nationalen Strategien und Praktiken zu integrieren, abzusichern und zu kontrollieren (Turner/Johnson 2017, 4ff). Entsprechend drängt sich ein Kapitalismustheoretischer Zugriff auf die infrastrukturelle Vernetzung auf, der diese in ihrer raum-zeitlichen Verankerung zu begreifen vermag. David Harvey (2001, 24) verweist in diesem Zusammenhang auf das permanente Bestreben des Kapitalismus, eine innere Krisenanfälligkeit durch die Prozesse des technologischen Wandels und der geografischen Expansion zu bearbeiten. Mit Hilfe der Konzeption des *spatio-temporal fix* unterstreicht er die besondere Relevanz der Verknüpfung von ökonomischen und nicht-ökonomischen Elementen im Prozess der kapitalistischen Akkumulation. Bob Jessop (2006, 162) führt hierzu aus:

Ein spatio-temporal fix löst die dem Kapitalismus inhärenten Widersprüche und Dilemmata partiell und provisorisch auf, indem er räumliche und zeitliche Verknüpfungen errichtet, innerhalb derer ein relativ dauerhaftes Muster »strukturierter Kohärenz« gesichert werden kann, und indem er bestimmte Kosten der Sicherung dieser Kohärenz über diese räumlichen und zeitlichen Verknüpfungen hinaus verlagert. (Übers., HJB)

Die gesellschaftlich generierte »strukturierte Kohärenz« erschließt sich über die doppelte Bedeutung des englischen Ausdrucks »to fix«. Einmal geht es darum, die Prozesse der kapitalistischen Entwicklung räumlich und zeitlich zu fixieren, also stofflich zu verankern oder einzubetten; und zum anderen ist zugleich in Betracht zu ziehen, durch diese Verankerung oder Einbettung die tendenziell instabile oder ungesicherte kapitalistische Verwertung zu reparieren, etwa durch infrastrukturelle Großprojekte zusätzliche Anreize für profitable Finanzanlagen oder Investitionen zu schaffen. Kurzum, mit der Konzeption des *spatio-temporal fix* rückt in den Blick, dass die technologische und infrastrukturelle Modernisierung der Gesellschaft und im internationalen Kontext: globale infrastrukturelle Kontrollstrategien nicht allein als das unmittelbare Produkt der staatlichen Geoökonomie und Geopolitik zu untersuchen sind, sondern immer auch als das Ergebnis privatkapitalistischer Interessen. Letzteres gilt umso mehr, als die grenzüberschreitenden Infrastrukturen nur die Angebotsseite darstellen, die erst durch ihre Nutzung – ebenfalls durch kapitalistische Firmen und zahlreiche andere »Verbraucher« – sich zu einer praktisch gelebten

Konnektivität entwickeln. Diese wird durch die infrastrukturellen Netze mithin wesentlich strukturiert. Zugleich spielen für sie aber auch die Prozesse der technologischen und administrativen Standardisierung und Normsetzung, z. B. durch internationale Organisationen, Regime und Verträge, eine grundlegende Rolle.

3. Konkurrierende geopolitische Prioritäten und Konzeptionen

Die EU scheint sich in die globalen Technologie- und Infrastrukturkonflikte mit einer gewissen Zeitverzögerung und aus einer Position der relativen Schwäche einzubringen. Lange konzentrierte sie sich auf die regulative Gestaltung und Nutzung von Technologien und Infrastrukturen im Rahmen von internationalen Handels- und Investitionsabkommen. Sie operierte dabei im Schatten der US-Hegemonie, die, über die regulative Organisation hinausweisend, auch die Herstellung hochtechnologischer Infrastrukturen und deren militärische Kontrolle und Absicherung umschließt. Dies betrifft insbesondere die Energieversorgung und die internationalen Handelswege. Zudem richtet sich die Aufmerksamkeit der USA auf den reibungslosen Ablauf von globalen Finanzströmen, Internet-Kommunikation und mobilen Netzen. Ein zentrales Ziel der USA besteht darin, die eigene finanzielle, informationstechnologische und natürlich auch militärische Führungsrolle zu verteidigen. Die geoökonomischen und geopolitischen Aspekte des globalen Souveränitätsanspruchs der USA (Gowan 2002) liegen damit auf der Hand.

Seit den 2000er Jahren entwickelt nun allerdings auch China eine eigenständige Technologie-, Infrastruktur- und Konnektivitätsstrategie, die – zumindest indirekt – den US-amerikanischen Herrschafts- und Kontrollanspruch in Frage stellt. Dies resultiert allgemein daraus, dass die Reichweite der US-Kontrolle beschränkt wird. Darüber hinaus unterscheiden sich die Ziele, Kriterien und Instrumente der chinesischen Strategie von denen der USA und der EU mitunter erheblich. Die zentralen Initiativen stellen sich wie folgt dar (Schmalz 2018; Goodehardt 2020): Im Mittelpunkt vieler Betrachtungen steht die 2013 von Xi Jinping verkündete *Belt and Road*-Initiative (BRI). Sie bildet insofern das Herzstück der chinesischen Konnektivitätsstrategie, als die neuen Transportrouten dazu beitragen, das chinesische Kapitalismusmodell durch den Außenhandel, ausländische Direktinvestitionen, die Diffusion von Medien (Medienhäuser, Think Tanks) und chinesischer Kultur (Konfuzius-Institute) extern abzusichern und auszudehnen. Unterstützt und flankiert wird die BRI durch spezifische politökonomische Initiativen: zum einen durch mehrere Entwicklungsbanken – die durch die BRICS-Gruppe initiierte New Development Bank (NDB), die japanisch geführte Asian Development Bank (ADB) und vor allem die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), an der sich auch zahlreiche EU-Staaten beteiligen –, über die beträchtliche finanzielle Ressourcen zur Modernisierung des asiatischen Entwicklungsraumes mobilisiert werden; und zum anderen durch internationale Handels- und Investitionsabkommen – so etwa in Form der ASEAN plus 3, der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) oder auch des vorerst gescheiterten Investitionsabkommens mit der EU –, durch die chinesische

Standards und Normen auf die wirtschaftlichen Kooperationspartner ausstrahlen. In Ergänzung zu diesen rahmensetzenden Initiativen forciert der chinesische Staat durch ein umfassendes industriepolitisches Programm (»China 2025«), das sich auf zehn Schlüsselsektoren – u. a. Raumfahrt, Elektroautos, Halbleiter, Künstliche Intelligenz – konzentriert, zudem die hochtechnologische Modernisierung der Ökonomie.

All diese Elemente verdichten sich in einer spezifischen Konnektivitätspolitik, d.h. dem chinesischen Projekt der räumlichen Neuordnung, das Nadine Goodehardt (2020, 11) durch zwei Elemente getragen sieht:

Das erste Element ist die Ausrichtung der chinesischen Außenpolitik auf eine multi-dimensionale Räumlichkeit, die ihren Ausgangspunkt in der BRI hat. Dieses Projekt steht vor allem für eine Verknüpfung von räumlichen Strukturen (wie etwa Wirtschaftskorridoren, physischen und digitalen Ökosystemen, Verkehrs- oder Infrastrukturlinien, Sonderwirtschaftszonen oder weiteren Verbindungen) mit verschiedenen techn(olog)ischen Dimensionen (beispielsweise digitalen Bezahlssystemen, neuen Satellitennavigations-systemen, 5G-Mobilfunknetzen oder globalen Energieverbindungen). Eine solche Geopolitisierung räumlich-technischer Strukturen hat das Potenzial, die Geographie der internationalen Politik mittelfristig zu transformieren und teilweise in einem chinesischen Sinne zu prägen. Verstärkend wirkt dabei das zweite Element. Es besteht darin, dass eine Vielzahl chinesischer Akteure wie Regierungs- und Parteiorgane oder Unternehmen diese Knotenpunkte der Konnektivität zu einer strategischen Angelegenheit von Geopolitik machen.

Die USA haben auf die infrastruktur- und technologiepolitische Offensive, die im Zentrum der chinesischen Konnektivitätspolitik steht, unterschiedlich reagiert. Die Obama-Administration versuchte die geopolitische Außenwirkung des chinesischen Kapitalismus durch das Trans-Pacific Partnership (TPP), ein Handels- und Investitionsabkommen, das unter US-amerikanischer Führung in den asiatischen Raum hineinwirkt, und durch den sog. Pivot-to-Asia, d.h. eine verstärkte politische und militärische Präsenz in Ostasien, zu begrenzen. Die Trump-Administration gab dann beide Initiativen auf und setzte im Sinne des »America First«-Slogans in erster Linie darauf, die chinesische Entwicklung durch einen veritablen »Handelskrieg« (Tooze 2018, 638f) und technologiepolitische Kontrollen – so etwa den 2018 verabschiedeten Export Control Reform Act – zu bremsen. Da sich China jedoch schon zuvor, d.h. im Anschluss an die Weltfinanzkrise von 2008/09 aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA befreit hatte, stößt auch die von Trump gewählte Strategie an deutliche Grenzen.

Gleichwohl war der US-amerikanische Strategiewechsel für die geoökonomischen und geopolitischen Diskussionen in der EU alles andere als unbedeutend. Er fungierte gleichsam – ähnlich wie der Brexit – als ein Katalysator, der eine Neuorientierung nahelegte. Die Rede von einer größeren Eigenständigkeit und die Revitalisierung des vor allem von Frankreich propagierten Konzepts der »strategischen Autonomie« (Lippert u. a. 2019) – im Verhältnis zu den USA – hat hierin ihre Wurzeln (Lavery/Schmid 2021, 9f). Nicht nur Präsident Macron, auch Kanzlerin Merkel (2018) argumentierte verstärkt in diese Richtung. Sie sprach sich für »einen europäischen Sicherheitsrat mit wechselnden, rotierenden Besetzungen der Mitgliedstaaten«, für eine europäische Eingreiftruppe, »mit der Europa auch

am Ort des Geschehens handeln kann«, für »die gemeinsame Entwicklung von Waffensystemen innerhalb Europas« und für »eine echte europäische Armee« aus. Das Konzept der »strategischen Autonomie«, das bereits zuvor in Dokumenten des Europäischen Rates oder der »Globalen Strategie« von 2016 Erwähnung fand, wird mühsam, aber doch voranschreitend mit Leben gefüllt. Die Herausbildung einer strategischen oder auch geopolitischen Kultur – zuweilen ist auch von Mentalität die Rede – reicht über sicherheitspolitisch-militärische Aspekte hinaus. Sie erstreckt sich auch auf handels-, industrie-, technologie- und infrastrukturpolitische Fragen. Die Direktorin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Daniela Schwarzer (2021, 25), bezieht in diesem Sinne Position:

Viele externe Akteure nutzen wirtschaftliche Instrumente, Datenströme, Technologien für strategische Zwecke und sind bereit, Gewalt einzusetzen. Die EU hat ihr Repertoire an Defensivmaßnahmen in den vergangenen Jahren erweitert. Europäische Unternehmen werden besser vor unfairer Konkurrenz geschützt, ein europäischer Mechanismus zur Transparenz und Kontrolle von ausländischen Direktinvestitionen trat am 1. Oktober 2020 in Kraft. Ausländische Subventionen sollen künftig die Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt weniger verzerren können. Das Monitoring chinesischer und russischer Einflussnahme innerhalb der Grenzen der EU und in der Nachbarschaft ist enger geworden. Das sind wichtige Schritte, doch Abhängigkeiten und externe Einflussnahme müssen weiter reduziert werden.

Die Instrumente, die die EU – gerade auch in geoökonomischer und geopolitischer Hinsicht – aktiviert, lassen sich in drei Felder untergliedern: Das erste Feld ist das der klassischen Handelspolitik. In diesem Bereich verfügt die EU, bedingt durch die Erfordernisse der Zollunion, bereits seit langem über relativ umfassende Kompetenzen, die im Übergang zur WTO und deren erweiterten Zuständigkeitsbereich sukzessive auch auf Dienstleistungen und Investitionsschutzbestimmungen ausgedehnt wurden (Bieling 2010, 123ff). In den letzten Jahren werden die handelspolitischen Instrumente auch seitens der EU verstärkt eingesetzt, um geoökonomische und geopolitische Ziele zu erreichen (Meunier/Nikolaidis 2019). Allgemein geht es darum, durch weitere bilaterale Investitions- und Handelsabkommen – etwa mit Japan, Südkorea, Singapur, Vietnam oder Canada (CETA) – und die intensiviere Kooperation mit dem MERCOSUR und ASEAN den Zugang zu entlegenen Märkten zu sichern. Zugleich werden hierbei spezifische handelspolitische wie auch technische und administrative Standards- und Normen definiert – daher auch das große Interesse der EU an einem Vertrag mit den USA (TTIP, Transatlantic Trade and Investment Partnership) –, die über die einzelnen Abkommen hinaus auf andere Länder ausstrahlen; und schließlich hat auch die Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen durch einen entsprechenden Screening-Mechanismus zum Ziel, der eigenen ›Verwundbarkeit‹ und potenziellen Technologietransfers entgegenzuwirken.

Letztlich muss der EU-Rahmen zum Investment-Screening aber durch die Mitgliedstaaten praktisch ausgefüllt werden. Entsprechend gibt es an der Effektivität dieses Instruments gewisse Zweifel. Ähnliches gilt für die Revitalisierung der europäischen Industriepolitik. Auch diese hat angesichts der industriepolitischen Erfolge

in den USA und in China (Mazzucato 2014; Staab/Piétron 2020), d.h. erheblichen technologischen Innovationen und Entwicklungssprüngen in wichtigen Zukunftsindustrien, auch in der EU deutlich an Bedeutung gewonnen. Hiervon zeugen nicht nur industriepolitische Vorstöße wie das Altmaier-Le Maire-Papier und die diversen Programme auf der europäischen Ebene (z. B. Europäische Kommission 2020). Auch die Stärkung der nationalen und europäischen Entwicklungsbanken (Mertens/Thiemann 2018) ist wesentlich durch das Bestreben gekennzeichnet, zusätzliche finanzielle Ressourcen für technologie- und infrastrukturpolitische Vorhaben zu mobilisieren.

In Reaktion auf die Aktivitäten der USA und Chinas sind die transnationalen Infrastrukturnetze in den letzten Jahren vermehrt in den Fokus der EU gerückt. Schon in den 1990er und 2000er Jahren war sie bestrebt gewesen, Trans-Europäische Netze (TENs) zu entwickeln. Technologiepolitisch kam dabei dem satellitengestützten Navigationsprojekt Galileo als Alternative zum GPS eine große Bedeutung zu. Im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik wurde der TENs-Ansatz auf den Mittelmeerraum sowie auf osteuropäische Gesellschaften und den Kaukasus erweitert; und auch im Kontext der Entwicklungspolitik spielten infrastrukturpolitische Projekte stets eine wichtige Rolle (Pascha 2020, 11f). Zuletzt hat die EU ihre Anstrengungen weiter intensiviert: etwa durch die Privilegierung europäischer Firmen – etwa Nokia oder Ericsson – beim Aufbau des 5G-Netzwerks; durch eine umfassende, auf den asiatischen Raum zielende Konnektivitätsinitiative (EC-HR 2018); durch das (vorläufig) gescheiterte Investitionsabkommen mit China; durch die Beteiligung an den auf dem G7-Gipfel in Cornwall im Juni 2021 vereinbarten Investitionsplan für globale Infrastrukturprojekte; und durch die Ende 2021 von der EU-Kommission verkündete ›Global Gateway‹-Initiative.

4. Das Verhältnis zu China: Zwischen Konflikt und Kooperation

Einige der zuletzt genannten Initiativen verdeutlichen, dass sich die europäische Konnektivitätsstrategie – ohne dass dies immer klar benannt wird – in besonderer Form auf China bezieht. Die Gründe hierfür sind offensichtlich: Zum einen haben die wirtschaftlichen Beziehungen mit China angesichts der sehr dynamischen Entwicklung im asiatischen Raum strukturell an Bedeutung gewonnen; und zum anderen sind im Zuge der Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperationsbeziehungen zugleich die Probleme und Konflikte stärker hervorgetreten. Aus der EU-Perspektive resultieren diese vor allem daraus, dass chinesische Direktinvestitionen den Zugriff auf sensible Infrastrukturen und Daten ermöglichen, der Kauf europäischer Unternehmen zum Technologietransfer genutzt wird, oder China in wichtigen Zukunftsbranchen technologisch sogar davonzieht. Die chinesische Politik scheint bestrebt, die ungleichen handels- und investitionspolitischen Regeln und Praktiken regulativ verstetigen zu wollen:

Es (China, HJB) will einen offenen Zugang zum europäischen Markt und warnt die EU davor, chinesische Unternehmen zu diskriminieren, hält sich aber nicht an seine Worte,

was den Zugang zum eigenen Markt betrifft. Außerdem beschwert sich China über die Politisierung der Cybersicherheit, während es gleichzeitig sein eigenes Internet unter der Prämisse der »Cyber-Souveränität« stark zensiert. Schließlich weist es darauf hin, dass ein geeintes Europa in seinem Interesse liegt, umgeht mit seiner Coronavirus-Maskendiplomatie aber die EU und gefährdet damit die besagte Einheit. (Hackler 2020, 257; Übers. HJB)

Im Gegenzug ist die EU, unterstützt durch die auf den chinesischen Markt orientierten Unternehmen und Konzerne, nicht nur darauf bedacht, eine alternative Konnektivitätsstrategie zu entwickeln, sondern auch die asymmetrisch organisierten Handels- und Investitionsbedingungen zu korrigieren. Seit 2016 und dann überarbeitet im Jahr 2019 hat die Europäische Kommission eine relativ klar konturierte China-Strategie entwickelt. Deren Grundorientierung lautet wie folgt:

China ist in verschiedenen Politikbereichen ein Kooperationspartner, mit dem die EU eng abgestimmte Ziele verfolgt, ein Verhandlungspartner, mit dem die EU einen Interessenausgleich finden muss, sowie zugleich ein wirtschaftlicher Konkurrent in Bezug auf technologische Führung und ein Systemrivale, der alternative Governance-Modelle propagiert. Dies erfordert einen flexiblen und pragmatischen EU-Gesamtansatz, der eine grundsätzliche Verteidigung von Interessen und Werten ermöglicht. (Europäische Kommission 2019, 1)

Wie die Rede von der »Systemrivalität« verdeutlicht, ist die Haltung der EU gegenüber China in den letzten Jahren kritischer und unnachgiebiger geworden. Einige der bereits angesprochenen Handlungs- und Konfliktfelder – etwa das Investitions-Screening, die informationstechnologische Konkurrenz und potenzielle Überwachung (Datenschutz) oder die Haltung gegenüber der BRI – unterstreichen dies. Hinzu kommt die Missachtung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die seitens der EU, insbesondere des Europäischen Parlaments, thematisiert, scharf kritisiert und mitunter auch in politökonomische Aushandlungsprozesse, etwa über die RCEP, eingebracht wird.

Letztlich reflektieren sich in der verhärteten Positionierung der EU gegenüber China drei Zusammenhänge: Der erste Zusammenhang ist transatlantisch. Er resultiert aus den strukturell zugespitzten Beziehungen zwischen den USA und China. Hier hatte sich die EU während der Trump-Administration, da sich deren »Handelskrieg« partiell auch gegen sie selbst gerichtet hatte, von den USA distanziert und eine größere strategische Eigenständigkeit reklamiert. Durch die Aktivitäten der Biden-Administration verändern sich nun die Konditionen. Dies betrifft nicht die Haltung der USA gegenüber China; hier gibt es eine klare Kontinuität (Biden 2020). Änderungen gibt es aber, was den strategischen Ansatz und die Instrumente betrifft. Hier setzt die Biden-Administration offenkundig darauf, die Kooperation mit der EU wie auch mit den anderen Partnern im asiatischen Raum zu revitalisieren und auch die etablierten internationalen Foren und Institutionen zu nutzen, um den Druck auf China zu erhöhen.

Der zweite, menschenrechtliche Zusammenhang wird von zahlreichen NGOs, vielen Medien, den meisten Fraktionen im Europäischen Parlament, einigen Gene-

raldirektionen der Europäischen Kommission und zahlreichen Regierungen im Europäischen Rat betont. All diese Akteure melden sich immer zu Wort, um den ›autoritären Charakter‹ des chinesischen Regimes und die von diesem zu verantwortende Diskriminierung und Unterdrückung von Minderheiten, etwa den Uiguren, und zu thematisieren. Die Kritik ist in der Regel substantiell und ernst gemeint, wird zuweilen aber auch von geoökonomisch und geopolitisch motivierten Akteuren instrumentalisiert.

In der hier skizzierten Triade-Konkurrenz sind letztere zumeist prägend und dominant. Dies zeigt sich auch in einem dritten, im engeren Sinne politökonomischen Zusammenhang. Dieser bezieht sich auf die jeweiligen handels- und investitionspolitischen Interessen und die damit verknüpften technologie-, infrastruktur- und konnektivitätspolitischen Prozesse. In der konkreten Aushandlung und Gestaltung der internationalen Handels-, Investitions- und Infrastrukturpolitik gibt es große Anreize und seitens der europäischen Unternehmen und Konzerne einen erheblichen Druck, die Kooperation mit China fortzuführen und zu intensivieren; zumal sich die Bedeutung des chinesischen und asiatischen Marktes nach der Weltfinanzkrise von 2008/09 nochmals erhöht hat. Wie dargestellt, artikulieren sich in der europäisch-chinesischen Kooperation aber ebenso zahlreiche Konflikte, die durch den transatlantischen oder menschenrechtlichen Zusammenhang mitunter zusätzlich stimuliert werden.

Die EU bewegt sich strukturell in einem Dilemma: Sie kann sich aufgrund der gesteigerten ökonomischen Abhängigkeit von China – man schaue nur auf die Investitionen und Absatzzahlen der deutschen transnationalen Konzerne – im verschärften Konflikt zwischen den USA und China, der auch unter der neuen Biden-Administration fortbesteht, nicht vorbehaltlos auf die Seite der USA schlagen. Selbst deren *Decoupling*-Rhetorik bricht sich an der alltäglichen Praxis enger politökonomischer Abhängigkeiten (Capie u. a. 2020). Noch stärker ist dies für die EU der Fall, die in Fragen des Handels und der infrastrukturellen Vernetzung auf die Kooperation mit China angewiesen bleibt. Gleichzeitig will die EU ihre Abhängigkeit von China aber nicht noch weiter steigern; zumal einige der chinesischen Initiativen das Potenzial haben, die EU-interne Kohärenz und Handlungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Die Anstrengungen der EU – die fortgesetzte Aushandlung bilateraler Handels- und Investitionsabkommen, die Renaissance der Industriepolitik und auch die Konnektivitätsstrategie – konzentrieren sich mithin darauf, dem skizzierten Dilemma zu entkommen, es zumindest abzuschwächen und die eigene strukturelle Schwäche zu überwinden. Die zentrale Frage wird nicht nur sein, ob die eingeschlagene Strategie, einschließlich der mobilisierten Ressourcen und Instrumente, ausreicht, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Ebenso ist offen, inwiefern die EU durch ihre geopolitische Neuorientierung in der Triade nicht auch die Zuspitzung internationaler Konflikte nährt, die eine erfolgreiche Umsetzung ihrer eigenen, auch die interne europäische Entwicklung berücksichtigende Agenda beeinträchtigen.

Literatur

Albert, Mathias, Paul Reuber u. Günter Wolkersdorfer, »Kritische Geopolitik«, in: Siegfried Schieder u. Manuela Spindler (Hg.), *Theorien der internationalen Beziehungen. Eine Einführung*, Opladen 2003, 505-29

Arrighi, Giovanni, *The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times*, London-New York 1994

Babic, Milan, »Let's Talk About the *Interregnum*: Gramsci and the Crisis of the Liberal World Order«, in: *International affairs*, 96. Jg., 2020, H. 3, 767-86

Biden, Joseph R. Jr., »Why America Must Lead Again: Rescuing U.S. Foreign Policy after Trump«, in: *Foreign Affairs*, 99. Jg., 2020, H. 2, 64-76

Bieling, Hans-Jürgen, *Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union*, Wiesbaden 2010

ders., »Globalisierungskonflikte: Die strategische Positionierung und Rolle der EU in der neuen Triade-Konkurrenz«, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 49. Jg., 2019, H. 1, 59-78

ders. u. Martin Große Hüttmann, »Zur Einführung: Staatlichkeit der Europäischen Union in Zeiten der Finanzkrise«, in: dies. (Hg.), *Europäische Staatlichkeit*, Wiesbaden 2015, 11-30

Borell, Josep, »Die Sprache der Macht«, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 13.02.2020, www

Brzezinski, Zbigniew, *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Frankfurt/M 1997

Capie, David, Natasha Hamilton-Hart u. Jason Young, »Decoupling Dilemmas. The Economics-Security Nexus in the US-China Trade Conflict«, in: *Policy Quarterly*, 16. Jg., 2020, H. 4, 27-35

EC-HR (European Commission and High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy), *Connecting Europe and Asia: Building Blocks for an EU Strategy*, Brüssel, 19.9.2018, JOIN(2018)31 final

Europäische Kommission, *EU-China – Strategische Perspektiven*, Straßburg, 12.3.2019, JOIN(2019)5 final

Europäische Kommission, *Eine neue Industriestrategie für Europa*, Brüssel, 10.3.2020, COM(2020)102 final

Europäische Union, *Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union*, Luxembourg 2016

Farrell, Henry, u. Abraham L. Newman, »Weaponized Interdependence: How Global Economic Networks Shape State Coercion«, in: *International Security*, 44. Jg., 2019, H. 1, 42-79

Gertz, Geoffrey, u. Miles M. Evers, »Geoeconomic Competition: Will State Capitalism Win?, in: *The Washington Quarterly*, 43. Jg., 2020, H. 2, 117-36

Godehardt, Nadine, *Wie China Weltpolitik formt. Die Logik von Pekings Außenpolitik unter Xi Jinping*, SWP Studie 19, Berlin 2020

Gowan, Peter, »The American Campaign for Global Sovereignty«, in: *Socialist Register 2003*, London 2002, 1-27

Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, hgg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug u. Peter Jehle, Hamburg 1991-1999

Harvey, David, »Globalization and the »Spatial Fix«, in: *geographische revue*, 3. Jg., 2001, H. 2, 23-30

ders., *The New Imperialism*, Oxford 2003

Haug, Wolfgang Fritz, *Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise*, Hamburg 2012

- Helmig, Jan, »Konstruktive Geopolitik. Über unterschiedliche Möglichkeiten, Raum zu denken«, in: *Politikum*, 5. Jg., 2019, 4-11
- Hobsbawm, Eric, *Das imperiale Zeitalter. 1875-1914*, Frankfurt/M 1995
- Jessop, Bob, »Spatial Fixes, Temporal Fixes and Spatio-Temporal Fixes«, in: Derek Gregory u. Noel Castree (Hg.), *David Harvey: A Critical Reader*, Oxford 2006, 142-66
- Koselleck, Reinhart, *Kritik und Krise*, Frankfurt/M 1973
- Lavery, Davide, u. Scott Schmid, »European Integration and the New Global Disorder«, in: *Journal of Common Market Studies*, first online, 2021, 1-17
- Lippert, Barbara, Nicolai von Ondarza u. Volker Perthes, *Strategische Autonomie Europas: Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte*, SWP, Studie 2/2019, Berlin
- Luttwak, Edward N., *Weltwirtschaftskrieg. Export als Waffe – aus Partnern werden Gegner*, Reinbek 1994
- Macron, Emmanuel, Rede an der Sorbonne. Initiative für Europa, Paris, den 26. September 2017, www (Zugriff vom 9.7.2021)
- Marx, Karl, »Vorwort« von *Zur Kritik der Politischen Ökonomie* (1859), MEW 13, Berlin/DDR 1975, 3-11
- Mazzucato, Mariana, *Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum*, München 2014
- Merkel, Angela, Rede vor dem Europäischen Parlament am 13. November 2018 in Straßburg; 2018, www (letzter Zugriff: 27.7.2021)
- Mertens, Daniel, u. Matthias Thiemann, »Market-based but State-led: The Role of Public Development Banks in Shaping Market-based Finance in the European Union«, in: *Competition & Change*, 22. Jg., 2018, H. 2, 184-204
- Meunier, Sophie, u. Kalypso Nicolaidis, »The Geopoliticization of European Trade and Investment Policy«, in: *Journal of Common Market Studies*, Bd. 57, 2019, 103-13
- Pascha, Werner, *Belts, Roads, and Regions: The Dynamics of Chinese and Japanese Infrastructure Initiatives and Europe's Responses*, Asian Development Bank Institute, Working Paper 1114, Tokio 2020
- Schmalz, Stefan, »The Changing Governance and Geography of World Trade«, in: David Lane u. Guichang Zhu (Hg.), *Changing Regional Alliances for China and the West*, Lanham 2018, 25-43
- Schwarzer, Daniela, »Europas geopolitischer Moment«, in: *Internationale Politik*, 76. Jg., 2021, H. 1, 18-25
- Staab, Philipp, u. Dominik Piétron, »Industriepolitik im Zeitalter künstlicher Intelligenz. Zur Renaissance interventionistischer Staatlichkeit, in: *Behemoth. A Journal on Civilisation*, 13. Jg., 2020, H. 1, 23-34
- Tooze, Adam, *Crashed. Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert habe*, München 2018
- Turner, Colin, u. Debra Johnson, *Global Infrastructure Networks. The Trans-national Strategy and Policy Interface*, Cheltenham 2017
- Von der Leyen, Ursula, Rede anlässlich der Debatte zur Vorstellung des Kollegiums der Kommissionsmitglieder und seines Programms, Straßburg, den 27. November 2019, www (Zugriff vom 9.7.2021)
- Wissel, Jens, *Staatsprojekt Europa: Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union*, Münster 2015